

Kommunen fordern Gleichberechtigung

Schreiben an Verkehrsminister gesendet

REGION. Die Vertreter der Kommunen im unteren Mittelrheintal wendeten sich vor Kurzem mit einem Schreiben an den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Alexander Dobrindt mit der Aufforderung, eine Machbarkeitsstudie zu Bahnlärminderungsmaßnahmen im unteren Mittelrheintal auf den Weg zu bringen.

Die Vertreter der Stadt Neuwied, der Verbandsgemeinde Bad Hönningen, der Verbandsgemeinde Linz am Rhein, der Verbandsgemeinde Unkel, der Verbandsgemeinde Weibenthurm, der Stadt Andernach, der Verbandsgemeinde Bad Breisig und der Stadt Remagen haben gemeinsam mit den zahlreichen Bürgerinitiativen das Gefühl, dass ihr Anliegen Bahnlärminderungsmaßnahmen durchzuführen „auf die lange Bank geschoben“ wird. „Fast alle von uns angestrebten Initiativen und Gespräche zur nachhaltigen Verbesserung der Lärmsituation scheiterten daran, dass die Deutsche Bahn AG die Durchführung von Machbarkeitsstudien im Bereich des unteren Mittelrheintals bisher ablehnte, mit dem Hinweis, dass die hierfür nötigen Finanzmittel nicht bereitgestellt würden“, heißt es im Schreiben an den Verkehrsminister. Sie fordern darum, nun die Machbarkeitsstudie in der Region umzusetzen und daraus konkrete Vorschläge für Lärminderungsmaßnahmen und den Zeitplan der Umsetzung zeitnah zu entwickeln. Denn die Versäumnisse in der Vergangenheit haben ihrer Meinung nach zu einem inhaltlichen Nachholbedarf und einen zeitlichen Aufholbedarf geführt. -mas-

LoKaf anzeiger 27. 1. 16